

## Alfred Dregger als Fraktionsvorsitzender eindrucksvoll bestätigt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer konstituierenden Sitzung in Bonn den bisherigen Fraktionschef Alfred Dregger (66) für weitere vier Jahre zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Für Dregger stimmten 204 von 228 Abgeordneten. 15 Parlamentarier votierten mit Nein, drei enthielten sich der Stimme. Sechs Stimmzettel waren ungültig. Der CDU/CSU-Fraktion gehören 234 Abgeordnete an. Sein Stimmresultat von 1983 konnte Dregger damit von 84 Prozent auf 89,5 Prozent verbessern.

Als erster Stellvertreter steht der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel bereits fest. Vom CDU-Teil der Fraktion wiedergewählt wurde der parlamentarische Geschäftsführer Rudolf Seiters. Für ihn stimmten 178 von 181 anwesenden Parlamentariern, zwei votierten mit Nein. Enthaltungen gab es nicht. Ein Stimmzettel war ungültig. Zum CDU-Teil gehören 185 Abgeordnete.

Vorher hatten CDU und CSU in getrennten Sitzungen die von den Parteivorsitzenden Helmut Kohl und Franz Josef Strauß unterzeichnete Vereinbarung zur Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft jeweils einstimmig gebilligt. Auf Wunsch der CSU wurden in dem seit 1976 bislang unveränderten Text drei Konkretisierungen vorgenommen. Darin wird festgestellt, daß Abweichungen von Koalitionsvereinbarungen nur im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen können. Gesetzgebungsvorhaben im Bereich der EG, die die verfassungsrechtliche Zuständigkeit

### HEUTE AKTUELL

- **Fraktion**  
Wortlaut der Vereinbarung zwischen CDU und CSU. Seite 3
- **CDU**  
Die Union kämpft am 17. Mai 1987 in Rheinland-Pfalz um die absolute Mehrheit. Seite 5
- **Volkszählung**  
Der Boykottaufruf der Grünen ist rechtswidrig. Seite 6
- **Soziales**  
Gehalten was versprochen wurde: Mehr Geld für ältere Arbeitslose. Seite 9
- **Lehrstellen**  
Auch 1987 wird es genügend Ausbildungsplätze geben. Seite 11
- **Hessen**  
Soll alles nach der Wahl so weitergehen? Pressezitate zum rot-grünen Debakel. Seite 14/16
- **Dokumentation**  
Bedeutung des Sportes für unsere Gemeinschaft. Grüner Teil

der Länder oder deren wesentliche Interessen berühren, darf die Fraktion nicht zustimmen. Grundsätzliche politische Entscheidungen der Fraktion sollen nur im Einvernehmen zwischen CDU und CSU erfolgen.

## Alfred Dregger: Jetzt gilt es die Zukunft zu gestalten!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die einzige gemeinsame Institution der beiden Unionsparteien. Es ist daher insbesondere die Pflicht dieser Fraktion, die Einheit der Union zu wahren. In dieser Einheit liegt unsere Stärke. Die CSU könnte ihre bedeutende Rolle als starke Regionalpartei in Bayern mit bundesweitem Anspruch nicht wahrnehmen ohne den Rückhalt an der CDU. Und die CDU könnte ohne den Rückhalt an einer starken CSU in Bayern und zusammen mit ihr nicht die erste und stärkste politische Kraft in Deutschland sein.

Wir haben aber nicht nur die beiden Unionsparteien zu integrieren, sondern wir haben über alle Gruppeninteressen hinweg die Einheit der Union als Volkspartei zu wahren. Was heißt das: Volkspartei? Das ist ja wohl nicht nur eine Frage der Zahl. Volkspartei heißt, daß unsere Klientel das deutsche Volk ist, nicht irgendwelche Gruppen. Und es ist ganz klar, daß, wenn wir eine Gruppe besonders bevorzugen wollten, dies zu Verlusten in anderen Gruppen führen müßte.

Unsere Rolle als Volkspartei schließt keineswegs aus, daß wir Gruppen, die in Bedrängnis sind, in besonderer Weise beistehen. Das trifft zur Zeit auf die Landwirte zu. Die Rolle als Volkspartei schließt es auch nicht aus, daß wir bedenken, welche soziologischen Gruppen die meisten Wählerstimmen zu verteilen haben.

Aber wir werden diese Wählerstimmen nur dann erreichen — auch in diesen größeren Bereichen —, wenn wir das tun, was von uns erwartet wird: Im wirtschaftlich-sozialen Bereich sozialen Fortschritt zu sichern durch wirtschaftliche Leistung. Ich glaube, wir können nur mit den Methoden der CDU/CSU, das heißt mit den Methoden der Sozialen Marktwirtschaft, diese Wählerpotentiale erschließen.

Ebensowenig, wie wir gleichzeitig Volks- und Gruppenpartei sein können, können wir zugleich Regierungs- und Oppositionspartei sein. Für eine Regierungspartei ist auf Dauer nur das richtig, was in der Sache richtig ist. Denn als Regierungspartei sind wir auf Erfolge angewiesen in der Sache. Und Erfolge in der Sache sind nur möglich, wenn auch die Politik in der Sache richtig ist.

Die zweite Periode dieser Koalition wird schwieriger sein als die erste. Es gibt Risiken in der Weltwirtschaft, die auf uns zukommen; der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen. Nachdem wir in der ersten Legislaturperiode dieser Koalition den Schutt weggeräumt haben, gilt es jetzt — mehr noch als vorher — die Zukunft zu gestalten. Ich nenne hier nur einige Themen: Steuerreform, Rentenreform, Reformen im Gesundheitswesen.

Ich möchte noch ein Zweites sagen: Wir haben Aufgaben jenseits von Angebot und Nachfrage. Schon auf dem Bundesparteitag der CDU vor der Wahl in Mainz habe ich sie genannt: Schutz des Lebens, auch des ungeborenen Lebens; Schutz der Nation, und zwar der ganzen deutschen Nation; Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; Schutz des inneren Friedens und Schutz des äußeren Friedens. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß ohne emotionale Bindungen und allein aufgrund guter Wirtschafts- und Sozialdaten die Erfolge der Union nicht gesichert sind.

# Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 11. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

1. Die Abgeordneten der CDU und CSU bilden aufgrund gemeinsamer politischer Ziele und angesichts der Tatsache, daß diese Parteien in keinem Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen, für die 11. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine gemeinsame Fraktion.

2. Die gemeinsame Fraktion besteht aus der Gruppe der Abgeordneten der CDU und der Gruppe der Abgeordneten der CSU. Dabei wird an dem Grundsatz festgehalten, daß es sich bei jeder Gruppe um die Abgeordneten einer jeweils selbständigen Partei handelt.

Die Gruppe der CSU-Abgeordneten verfügt über eigene Organe. Sie wird an allen Organen der Fraktion angemessen beteiligt.

3. Der Fraktionsvorsitzende wird für die Dauer der Legislaturperiode gemeinsam von den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Der Fraktionsvorsitzende hat einen ersten Stellvertreter. Der erste Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden wird für die Dauer der Legislaturperiode von den CSU-Abgeordneten gewählt.

Unbeschadet dessen werden weitere Stellvertreter gewählt. Über Zahl und Verteilung der weiteren Stellvertreter muß Einvernehmen erzielt werden. Sie werden von der jeweiligen Gruppe gewählt.

4. Im Fraktionsvorstand sind CDU und CSU entsprechend der Zahl ihrer Abgeordneten vertreten. Die Gruppen der CDU und der CSU-Abgeordneten wählen die auf sie entfallenden Vorstandsmitglieder selbst.

5. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Gruppe der CSU-Abgeordneten ist kraft Amtes ein Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion und der Stellvertreter des ersten Parlamentarischen Geschäftsführers.

6. Bei der Wahl der Arbeitsgruppenvorsitzenden (Sprecher) und ihrer Stellvertreter (Obleute) ist die Gruppe der CSU-Abgeordneten entsprechend ihrem Stärkeverhältnis zu berücksichtigen. CDU und CSU haben für die auf sie entfallenden Positionen das Benennungsrecht. Das gleiche gilt für die Wahl der Ausschußvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschußvorsitzenden.

Die Fraktion hat zwei Justitiare, je einen von der CDU-Gruppe und der CSU-Gruppe.

7. Unter den zwei von der CDU/CSU vorzuschlagenden Mitgliedern des Präsidiums des Deutschen Bundestages schlägt die CDU den Präsidenten und die CSU einen Vizepräsidenten vor.

8. Bei der Besetzung von Fraktionsgremien und Delegationen der Fraktion sowie der auf die CDU/CSU-Fraktion entfallenden Sitze in Bundestagsorganen und den mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu besetzenden Gremien ist die Repräsentation der CSU-Gruppe entsprechend ihrem Kräfteverhältnis herbeizuführen.

CDU und CSU besetzen die auf sie entfallenden Sitze in eigener Zuständigkeit.

9. a) Abweichungen von Koalitionsvereinbarungen können nur im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen.

## Kiechle kündigt Widerstand an

„Allerhärtesten Widerstand“ hat Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle gegen die Agrarpreisvorschläge der EG-Kommission angekündigt. Das gelte vor allem bezüglich der Vorstellungen bei Getreide und beim Währungsausgleich. Die damit vorgesehenen Beeinträchtigungen der Bauerneinkommen fänden nicht seine Zustimmung, erklärte der Minister in Bonn. Er lehnte auch eine Fettsteuer in der Weise, wie geplant, ab. Kiechle bezeichnete den Kommissionsbeschluß insgesamt als höchst bedauerlich. Bundeskanzler Kohl und er selbst hätten Präsident Delors und Agrarkommissar Andriessen bei deren Besuch in Bonn die Situation der deutschen Landwirtschaft noch einmal eindringlich klargemacht, mit den neuerlichen Brüsseler Vorschlä-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

b) Die CDU/CSU-Fraktion wird keine Grundgesetzänderung ermöglichen, der die CSU-Gruppe aus Gründen der Wahrung der Grundlagen des föderativen Staatsaufbaus widerspricht. Gleiches gilt für Gesetzgebungsvorhaben im Bereich der EG, die die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Länder oder ihre wesentlichen Interessen berühren.

10. Die Abstimmung ist frei; es gibt keinen Fraktionszwang. Grundsätzliche politische Entscheidungen der CDU/CSU-Fraktion erfolgen nur im Einvernehmen zwischen beiden Gruppen.

Die CSU-Gruppe kann eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung in einer Frage von grundsätzlicher Bedeutung im Bundestag selbständig vertreten, wenn sie nach der Erörterung der Frage in der Fraktion dieses Verlangen stellt.

gen würde nicht ein einziges der drängen- den Agrarprobleme in der europäischen Gemeinschaft gelöst. Lediglich den Bauern mude man erneute Einkommenseinbußen zu. Das werde die Bundesrepublik nicht mitmachen, versicherte der Minister.

## Worms bleibt Vorsitzender der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag

Die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion hat ihren bisherigen Vorsitzenden Bernhard Worms im Amt bestätigt. Seine Gegenkandidatin Christa Thoben wurde zur zweiten Stellvertreterin gewählt. Frau Thoben unterlag mit 31 Stimmen in einer Kampfabstimmung gegen Worms, der 55 der 88 Stimmen erhielt.

Zum ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wählten die nordrhein-westfälischen CDU-Parlamentarier mit 53 Stimmen Ottmar Pohl. Frau Thoben erhielt bei ihrer Wahl zur zweiten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden 46 Stimmen. Weitere Stellvertreter sind Linssen (46 Stimmen) und Doppmeier (47 Stimmen).

## Kirchenleitung rügt Pastoren wegen Blockaden in Brokdorf

Die Nordelbische Kirche hat die Beteiligung von Pastoren an Blockaden gegen das Kernkraftwerk Brokdorf „nachdrücklich mißbilligt“. In einer in Kiel verbreiteten Stellungnahme schreibt die Kirchenleitung, daß die Theologen „die Grenzen nicht beachtet haben, die sich aus dem Mäßigungsgebot für das politische Handeln der Pastoren ergeben“. Unter den 200 Atomgegnern, die vergangene Woche in Brokdorf demonstriert hatten, waren 34 Pastoren.

# CDU kämpft in Rheinland-Pfalz um die absolute Mehrheit

Rund vier Monate nach der Bundestagswahl wird in Rheinland-Pfalz am 17. Mai ein neuer Landtag gewählt. Die CDU Rheinland-Pfalz kämpft darum, bei diesen Wahlen wieder die Mehrheit der Sitze im Landtag zu erreichen, stellt Ministerpräsident Bernhard Vogel, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, fest. Wir haben bei den Bundestagswahlen über 48 Prozent der Erststimmen und über 45 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Daher ist das Ziel „absolute Mehrheit“ realistisch, zumal die CDU Rheinland-Pfalz bei Landtagswahlen erfahrungsgemäß eine höhere Zustimmung als bei Bundestagswahlen erfährt.

Wir werden um das Vertrauen derjenigen kämpfen, die uns — etwa in den ländlich strukturierten Gebieten — bisher bei Landtagswahlen gewählt haben. Wir werden aber auch die Chancen nutzen, die sich aus den überdurchschnittlichen Verlusten der SPD in den Städten des Landes bei der vergangenen Bundestagswahl ergeben. Einer der Gründe, warum die Union bei der Bundestagswahl eine Schlappe erlitten hat, ist in der allzu großen Siegesgewißheit mancher Unionspolitiker vor der Wahl zu suchen. Ich bin sicher, daß das Ergebnis der Bundestagswahlen für uns in der rheinland-pfälzischen CDU eine verstärkte Kampfbereitschaft und einen verstärkten Kampfeswillen bei den anstehenden Landtagswahlen bewirkt.

Die Ausgangsbasis der SPD hat sich in Rheinland-Pfalz weiter verschlechtert.

Die Sozialdemokraten sind so anspruchslos geworden, daß sie sich schon darüber freuen, daß ihr schlechtes Ergebnis von 1983 „lediglich“ um 1,4 Prozent unterboten worden ist. Die rheinland-pfälzische SPD ist nach wie vor meilenweit von einer Mehrheit entfernt, weiter als vor früheren Landtagswahlen. Der Anspruch, eine „eigene Mehrheit“ erreichen zu können, ist für die SPD in Rheinland-Pfalz ebenso ungläubwürdig, wie sie es bei der Bundestagswahl für den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau war. Die Sozialdemokraten können eine Mehrheit allenfalls mit Unterstützung der Grünen erreichen. Dabei ist für uns ermutigend, daß bei den Bundestagswahlen die CDU in Rheinland-Pfalz stärker war als Rote und Grüne zusammen.

Der SPD-Landesvorsitzende hat in der Wahlnacht keinen Hehl mehr daraus gemacht, daß er sich mit den Stimmen der Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen würde. Jetzt geht es also um Rheinland-Pfalz. Es geht auch um die Mehrheit für die Politik der Union im Bundesrat. Bei den Landtagswahlen im Mai muß Rot-Grün ebenso verhindert werden, wie es im Bund verhindert worden ist.

Die CDU Rheinland-Pfalz setzt dabei auf die eigene Kraft und nicht auf die vage Hoffnung, daß eine andere Partei — als möglicher Partner — ihr Wahlziel erreicht. Die CDU kämpft darum, daß ihre erfolgreiche Arbeit in Rheinland-Pfalz und ihre Mehrheit im Landtag bestätigt werden.

# Boykottaufruf der Grünen ist ein Rechtsbruch

**In einer Sondersitzung des Innenausschusses sind die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD gemeinsam der haltlosen Verweigerungshaltung der Grünen gegenüber der Volkszählung entgegengetreten. Gegenüber den rechtswidrigen Boykottaufforderungen der Grünen haben die drei Fraktionen übereinstimmend die Notwendigkeit der bevorstehenden Volkszählung unterstrichen und bekräftigt, daß gegen die Volkszählung und ihre Durchführung keinerlei Bedenken bestehen. Im einzelnen wurde festgestellt:**

Die zum Stichtag 25. Mai 1987 im Bundesgebiet anstehende Volkszählung schafft — wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil formuliert hat — die unentbehrliche Handlungsgrundlage für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik.

Die Volkszählung bietet gegenwärtig die einzige Möglichkeit, um Staat und Gesellschaft die notwendigen Grunddaten für eine sachgerechte und vorausschauende Politik zu verschaffen, die im Interesse jedes einzelnen Bürgers liegt. Weder auf einige der zu erhebenden Daten noch auf die Auskunftspflichtung kann zur Zeit ganz oder teilweise verzichtet werden. Nach dem Urteil aller Fachleute steht heute keine Alternative zur Volkszählung zur Verfügung. Für die Zukunft wird der Gesetzgeber die Entwicklung der statistischen und sozialwissenschaftlichen Methoden verfolgen und ähnlich wie beim Microzensus prüfen, ob auf eine Totalerhebung verzichtet werden kann.

Die Volkszählung wird nach dem Volkszählungsgesetz vom 8. November 1985

durchgeführt, in welchem alle Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des Persönlichkeitsrechts der Bürger vollständig berücksichtigt sind. Das sogenannte informationelle Selbstbestimmungsrecht der Bürger wird bei Durchführung der Volkszählung in vollem Umfang gewahrt. Die Länder haben sämtliche Rechtsvorschriften gemäß § 9 Volkszählungsgesetz 1987 einschließlich der entsprechenden Verwaltungsvorschriften erlassen, in denen die Einzelheiten der Durchführung, insbesondere die räumliche, organisatorische und personelle Abschottung der Erhebungstellen von anderen Stellen geregelt sind.

Für die Durchführung der Volkszählung gilt das neue, am 30. Januar 1987 in Kraft getretene Bundesstatistikgesetz, soweit das Volkszählungsgesetz selbst für bestimmte Sachbereiche keine spezielleren, den allgemeinen Vorschriften des Bundesstatistikgesetzes vorgehenden Regelungen enthält. Das Volkszählungsgesetz 1987, das unter Berücksichtigung aller datenschutzrechtlichen Belange auf ein Mindestfragenprogramm beschränkt ist, wurde nach gründlichen, sorgfältigen parlamentarischen Beratungen beschlossen und verabschiedet. Jetzt geht es allein darum, die Zählung durchzuführen, um die für eine dem Sozialstaatsprinzip verpflichtete Politik unverzichtbaren Informationen zu gewinnen. Die Parlamente von Bund und Ländern sowie die Datenschutzbeauftragten werden die Durchführung der Volkszählung ständig beobachten. Die statistischen Ämter von Bund und Ländern haben umfassende Vorkehrungen zur Gewährleistung des Statistikergeheimnisses getroffen und verdienen das Vertrauen der Bürger.

# Abrüstung nur mit Sicherheit – Fragwürdige SPD-Vorschläge

**Abrüstung ist kein Selbstzweck, ebenso wenig wie Rüstung. Rüstung und Abrüstung dienen der Sicherheit. Und Sicherheit, die Möglichkeit frei und ohne Zwang von außen, sein politisches Schicksal selbst gestalten zu können, ist eine elementare Bedingung des Friedens.**

Wer Abrüstung — um jeden Preis — mit Frieden gleichsetzt, löst deren mögliche Funktion aus diesem Zusammenhang. Dies schadet auf doppelte Weise.

- Einmal werden die Chancen für realistische zweiseitige Abrüstungsschritte gemindert, wenn nicht gar verschüttet, weil der Kompliziertheit solcher Abmachungen und Verhandlungen so ausgewichen wird

- zweitens wächst der innenpolitisch motivierte Druck auf wie immer geartete „Abrüstungserfolge“.

Wer also partielle Abrüstung will — und nur solche Schritte sind denkbar —, der muß die Funktion der jeweiligen Rüstungspotentiale, die es zu begrenzen und abzubauen gilt, für die Sicherheit beider Seiten bewerten. Abrüstung wird erst möglich, wenn dadurch die Sicherheit beider Seiten gestärkt wird, stellt **Markus Berger**, Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Sicherheitspolitik, fest.

Wer aber wie Egon Bahr auf der Wehrkundetagung in München dem abenteuerlichen Vorschlag des zwischen seiner SPD und der kommunistischen SED vereinbarten „atomwaffenfreien Korridors“ auch noch das Angebot einer gleichgroßen „panzerfreien Zone“ nachschiebt, ist als Abrüstungspolitiker nicht mehr ernst zu nehmen.

Was wären die Folgen? Ich nenne nur zwei:

1. Die Invasionsfähigkeit der Streitkräfte des Warschauer Paktes bliebe erhalten. Schon heute ist es nämlich die zweite strategische Staffel des Warschauer Paktes, welche im Falle eines Angriffes auf das freie Westeuropa die militärische Entscheidung erzwänge. Bahrs Vorschlag nähme nur der ersten Staffel schwere Waffen, stärkte aber dafür die zweite. Die Chance zum Durchbruch der zweiten Staffel bliebe also gewahrt, während die erste Staffel gepanzerte Gegenangriffe der NATO vor ihren strategisch wichtigen Zielen wie Hamburg oder den Nordseehäfen nicht mehr befürchten müßte. (Hamburg liegt 80 km westlich der innerdeutschen Grenze!) Mehr Sicherheit für die Bundesrepublik? Nein, das Gegenteil wäre die Folge.

2. Die panzerabwehrstarke integrierte europäische Vorneverteidigung des gesamten Bündnisses müßte zugunsten von irgendwelchen „Stolperdrahtlösungen“ aufgegeben werden. Es mag sein, daß dies aus kurzfristigen finanziellen Erwägungen einigen Bündnispartnern sogar sympathisch klingt. Aber die Bundesrepublik würde in der kumulierenden Wirkung der beiden Vorschläge — Atomwaffen + Panzerfreiheit — zum möglichen Testgebiet für den Zusammenhalt des Bündnisses im Falle eines Angriffes des Warschauer Paktes; also zum Schlachtfeld. Sie würde dies ohne ein adäquates Risiko für die Führungsmacht des Warschauer Paktes.

Dies soll im deutschen Interesse liegen? Nein, im Gegenteil! Im deutschen Interesse liegt dagegen die Sicherheit, die uns

## Untersuchungsausschuß Neue Heimat:

# Trotz Störmanöver Auftrag erfüllt

**Der Untersuchungsausschuß NEUE HEIMAT hat mit der Vorlage eines zusätzlichen Geheimberichtes seinen Untersuchungsauftrag im wesentlichen und rechtzeitig vor dem Ende der Wahlperiode erfüllt.**

Dies ist bemerkenswert, weil

- der Untersuchungsgegenstand außerordentlich komplex und kompliziert war,
- von Anfang an nur relativ wenig Zeit zur Verfügung stand,
- die Untersuchungen von Anfang an erschwert wurden seitens des DGB, der BGAG und der Neuen Heimat, die bei vielfältigen Störmanövern tatkräftig von der SPD unterstützt wurden und
- der Untersuchungsausschuß durch insgesamt 24 Gerichtsverfahren außerordentlich belastet und behindert wurde.

Das Ergebnis — so **Johannes Gerster**, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuß — kann sich sehen lassen:

1. Für den 11. Deutschen Bundestag wurden die erforderlichen Empfehlungen zur Verschärfung der einschlägigen Gesetze und damit zur künftigen Vermeidung eines derartigen Skandals gegeben.

*(Fortsetzung von der vorigen Seite)*

eine bündnisgemeinsame starke Vorverteidigung in der Verknüpfung mit der atomaren Abschreckung gegen militärische Angriffe und politische Erpressungsversuche vermittelt.

Realistische Abrüstung und Rüstungskontrolle sind daher für die Zukunft geboten, aber Rüstungskontrolle und Abrüstung mit Sicherheit.

2. Der Skandal wurde weit über die Erkenntnisse des Hamburger Untersuchungsausschusses hinaus aufgeklärt und Verantwortlichkeiten für Fehlverhalten und Versagen deutlich gemacht.

3. Der DGB, die beteiligten Einzelgewerkschaften und seine Unternehmen sind zur Wiedergutmachung des verursachten Schadens bei der Neuen Heimat verpflichtet, was durch die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses in vielen Einzelfällen belegt wurde.

Damit sind neben dem Bundesgesetzgeber und den Strafverfolgungsbehörden, die dem Verdacht strafbaren Verhaltens in Einzelfällen noch nachzugehen haben, nun vor allem der DGB und seine Einzelgewerkschaften am Zug:

Werden sie die Folgen des Neue-Heimat-Skandals nun auf anständige Weise endlich, wirklich und dauerhaft beheben oder werden sie zum Schaden der Sozialmieter auch jetzt noch die Scherben unter den Teppich kehren und sich vor ihrer Verantwortung wieder einmal drücken wollen?

Nicht zuletzt von der Beantwortung dieser Frage wird abhängen, in welchem Umfange nicht nur auf Landtagsebene, sondern auch durch den 11. Deutschen Bundestag eine weitere Beschäftigung mit dem Neue-Heimat-Skandal notwendig sein wird.

Die Verantwortlichen des Neue-Heimat-Skandals sollten sich nach mancher Selbsttäuschung in der Vergangenheit keiner weiteren Täuschung hingeben: Kontrolle durch das Parlament und die Öffentlichkeit wird es im Falle Neue Heimat auch in Zukunft geben.



# Gehalten was versprochen wurde – Mehr Geld für ältere Arbeitslose

**Das Bundeskabinett hat am 10. Februar 1987 den vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit verabschiedet. Damit wird ein Beschluß der Koalition vom vergangenen Jahr umgesetzt und die entsprechende Ankündigung eingelöst.**

Dazu erklärte Minister Blüm: „Wir lösen ein, was wir vor der Wahl versprochen haben. Die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit werden genutzt, um die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung nachhaltig zu stärken.“ Die Zunahme der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit habe dazu geführt, daß immer mehr Arbeitslose ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausschöpfen und auf die niedrigere und von Bedürftigkeit abhängige Arbeitslosenhilfe verwiesen sind.

Blüm: „Indem wir das Arbeitslosengeld gezielt verlängern, erweisen wir den Arbeitslosen unsere Solidarität und stärken wir die Plausibilität der Arbeitslosenversicherung. Sie würde ihre innere Rechtfertigung verlieren, wenn immer weniger Versicherte die Versicherungsleistung erhalten. Außerdem werden durch die Verbesserungen Länder und Gemeinden bei der Sozialhilfe entlastet, was deren Investitionskraft stärkt und damit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beiträgt.“

Die 1984 und 1985 bereits erfolgten Verlängerungen der Höchstdauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld von 12 Monaten auf bis zu 24 Monate für ältere Arbeitslose haben den Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld an der Gesamtzahl

der Bezieher von Lohnersatzleistungen stabilisiert, aber nicht wieder erhöht. 1986 waren 43 Prozent der Leistungsbezieher auf die Arbeitslosenhilfe angewiesen, 1981 waren es erst 20 Prozent.

Nach dem Entwurf wird die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung durch zwei Verbesserungen gestärkt, die zum 1. Juli 1987 in Kraft treten sollen:

1. Das Verhältnis der Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigungszeit innerhalb der letzten sieben Jahre zur Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld wird von bisher 3 : 1 auf 2 : 1 herabgesetzt. Das bedeutet zum Beispiel:

■ Nach Erfüllung der „Mindestbeschäftigungszeit“ (Anwartschaftszeit) von 12 Monaten beträgt der Anspruch auf Arbeitslosengeld statt bisher vier Monate zukünftig sechs Monate.

■ Nach geltendem Recht setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld für die Dauer von 12 Monaten eine beitragspflichtige Beschäftigungszeit von 36 Monaten voraus. Zukünftig soll einem Arbeitslosen dieser Anspruch bereits nach einer beitragspflichtigen Beschäftigung von 24 Monaten zustehen.

Dies kommt besonders auch jüngeren Arbeitnehmern zugute, wenn sie bereits nach kurzer Berufstätigkeit arbeitslos werden.

2. Für Arbeitslose, die das 42. Lebensjahr vollendet haben, wird die Höchstbezugsdauer nach Lebensalter und Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigung innerhalb der letzten sieben Jahre gestaffelt verlängert. Die Höchstanspruchsdauer wird verlängert für Arbeitslose, die

- 42 Jahre alt sind,  
von 12 Monaten auf 18 Monate,
- 44 Jahre alt sind,  
von 16 Monaten auf 22 Monate,
- 49 Jahre alt sind,  
von 20 Monaten auf 26 Monate,
- 54 Jahre alt sind,  
von 24 auf 32 Monate.

Im einzelnen ergibt sich folgende Staffe-  
lung:

a) Arbeitnehmer, die das 42. Lebensjahr  
vollendet haben:

28 Monate Beschäftigung = 14 Monate  
Anspruch; 32 Monate Beschäftigung  
= 16 Monate Anspruch; 36 Monate Be-  
schäftigung = 18 Monate Anspruch;

b) Arbeitnehmer, die das 44. Lebensjahr  
vollendet haben:

40 Monate Beschäftigung = 20 Monate  
Anspruch; 44 Monate Beschäftigung  
= 22 Monate Anspruch;

c) Arbeitnehmer, die das 49. Lebensjahr  
vollendet haben:

48 Monate Beschäftigung = 24 Monate

Anspruch; 52 Monate Beschäftigung  
= 26 Monate Anspruch;

d) Arbeitnehmer, die das 54. Lebensjahr  
vollendet haben:

56 Monate Beschäftigung = 28 Monate  
Anspruch; 60 Monate Beschäftigung  
= 30 Monate Anspruch; 64 Monate Be-  
schäftigung = 32 Monate Anspruch.

Die Verlängerung der Anspruchsdauer  
soll auch den Arbeitslosen zugute kom-  
men, die bei Inkrafttreten des Gesetzes  
bereits arbeitslos sind und deren An-  
spruch in den letzten Tagen vor Inkraft-  
treten der Neuregelung noch nicht er-  
schöpft ist. Deren Anspruchsdauer wird  
nach Maßgabe des Lebensalters, das sie  
bei Inkrafttreten des Gesetzes vollendet  
haben, und der bisher erworbenen An-  
spruchsdauer pauschal erhöht.

Außerdem wird die Kurzarbeitergeld-Be-  
zugsfrist für Betriebe der Stahlindustrie  
für die Jahre 1987 bis 1989 auf bis zu  
36 Monate verlängert. Diese Betriebe un-  
terliegen Produktionseinschränkungen  
nach dem Montanunionsvertrag und kön-  
nen deshalb nicht voll arbeiten.

## Erstmals weniger Insolvenzen

Der Höhepunkt der Insolvenzen in der  
Bundesrepublik ist überschritten. 1986  
ging die Zahl der Zusammenbrüche erst-  
mals seit 1979 zurück. Das Statistische  
Bundesamt zählte insgesamt 18 842 Insol-  
venzen (Konkurse und Vergleiche), 34  
weniger als ein Jahr zuvor. Im Dezember  
betrug das Minus mit 1 502 Fällen im Ver-  
gleich zum gleichen Monat des Vorjahres  
bereits 6,9 Prozent. Deutlicher als bei den  
Insolvenzen insgesamt fiel der Rückgang  
der Unternehmenszusammenbrüche aus.  
13 500 Betriebe mußten 1986 ihre Zah-  
lungsunfähigkeit anmelden, 125 weniger  
als 1985.

## Beim Datenschutz „kein Mißbrauch“

Der vom Datenschutz-Bbeauftragten Bau-  
mann vorgelegte Tätigkeitsbericht seiner  
Behörde für das Jahr 1986 macht nach  
Ansicht von Bundesinnenminister Zim-  
mermann deutlich, daß „der Umgang mit  
personenbezogenen Daten in der Bundes-  
verwaltung grundsätzlich keine Veranlas-  
sung zu Beanstandungen gibt“. Der Bun-  
desbeauftragte selbst, so Zimmermann,  
habe in seinem Bericht festgestellt, daß  
sich „Spektakuläres und Skandale nicht  
ergeben haben“. Die wenigen Beanstan-  
dungen betrafen organisatorische Mängel  
der Datensicherung, in keinem Fall liege  
ein Mißbrauch vor.

# Politik und Wirtschaft sorgen auch 1987 für genügend Ausbildungsplätze

„Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt entspannt sich immer nachhaltiger. Der sich bereits in den Monaten Oktober und November abzeichnende Abbau der unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber hat sich bis zum Jahresende eindrucksvoll fortgesetzt. So ist die Zahl der am 30. September noch nicht vermittelten, bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerbern um Ausbildungsplätze von 46 860 bis zum Jahresende auf 30 674 gesunken. Damit waren 96 Prozent aller Jugendlichen am Jahresende 1986 in Ausbildung, im vergangenen Jahr waren es 95 Prozent. Das stellte Bundesminister Dorothee Wilms in Bonn fest.

Die Entwicklung des Jahres 1986 zeigt, daß sich in nahezu allen Arbeitsamtsbezirken — Ausnahmen bestehen nur in besonders strukturschwachen Gebieten — die Ausbildungsstellensituation deutlich verbessert hat.

Die Spannweite zwischen den gut und weniger gut versorgten Arbeitsamtsbezirken wird größer. So kamen z. B. im Arbeitsamtsbezirk Offenburg auf 100 Bewerber 111 Angebote, im Vorjahr waren es 98,2. Dagegen kamen im Arbeitsamtsbezirk Duisburg auf 100 Bewerber 88 Plätze, im vorigen Jahr waren es 92,5.

Dies zeigt, daß regionale Maßnahmen immer notwendiger werden; dies kann aber nicht vorrangig Aufgabe des Bundes sein. Der Bund leistet z. B. über das Benachteiligtenprogramm, das in diesem Jahr erneut aufgestockt wurde, auf nunmehr 407 Mio. DM, gezielt regionale Hilfe.

Zu den besonders hervorzuhebenden Ergebnissen von 1986 gehört, daß es gelun-

gen ist, das Angebot an Lehrstellen trotz sinkender Nachfrage weitgehend konstant zu halten. Wie im Vorjahr hat die Wirtschaft insgesamt wieder mehr als 715 000 Plätze angeboten, die Nachfrage sank auf 732 000; mehr als 685 000 Ausbildungsverträge konnten neu geschlossen werden. 1987 müssen diese Bemühungen fortgeführt werden, damit sich diese positive Tendenz fortsetzt. Allerdings darf das Engagement der Wirtschaft nicht nachlassen.

Insgesamt ergeben sich damit für 1987 günstige Perspektiven für noch bessere Ausbildungschancen der Jugendlichen. Zwar gibt es noch aktuelle regionale und berufssektorale Ungleichgewichte sowie Probleme junger Frauen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen zu beseitigen, aber bei weiterhin hohem und anhaltendem Ausbildungsentagement der Wirtschaft ist gesichert, daß möglichst alle Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit erhalten.

Unter der Überschrift „1987: Lehrstellen für alle Jugendlichen! — Berufsberatungsjahr 1986/87 signalisiert Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt“ befaßt sich die Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Jugendpolitik“ der CDU, MdL Gabriele Kokott-Weidenfeld ebenfalls mit der Lehrstellensituation. Sie stellt fest: Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit sind Angebot und Nachfrage bei den Ausbildungsstellen im ersten Viertel des Berufsberatungsjahres 1986/87 fast gleich. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen liegt bisher schon bei 337 500. Das sind fast 40 000 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die

700 000 Jugendlichen, die in diesem Jahr eine Lehrstelle suchen, haben daher allen Grund zum Optimismus.

Schon in den Jahren 1983 bis 1986 haben rund 2,8 Millionen Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Das waren über 200 000 mehr als in den vier Jahren zuvor. Zu dieser eindrucksvollen Lehrstellenbilanz hat die Regierung Helmut Kohl beigetragen, indem sie durch verbesserte Rahmenbedingungen das duale System der Berufsausbildung und die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft gestärkt hat. Die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung und die hohe Ausbildungsbereitschaft von Industrie, Handel, Handwerk und anderer

Wirtschaftszweige haben bewiesen, daß marktwirtschaftliche Lösungen am besten geeignet sind, den hohen Bewerberandrang — darunter eine wachsende Zahl von Abiturienten — zu bewältigen. Die SPD sollte endlich aufhören, Jugendliche und deren Eltern durch Schwarzmalereien und Panikmache zu verunsichern. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau, dessen Bundesland durch eine verfehlte Politik unzählige ausbildungswillige Jugendliche enttäuscht hat, sollte vielmehr durch regionale Strukturmaßnahmen an Rhein und Ruhr dafür sorgen, daß die dort noch bestehenden Engpässe auf dem Ausbildungsstellenmarkt überwunden werden.

## Bau bald wieder Motor der Konjunktur?

**Die Erwartungen der Bauwirtschaft an die Baupolitik in der neuen Legislaturperiode standen im Mittelpunkt eines Meinungsaustauschs zwischen Bauindustrie-Präsident Günther Herion und Bundesbauminister Oscar Schneider. Beide Gesprächspartner vertraten übereinstimmend die Meinung, daß die Bauinvestitionen sowohl der öffentlichen Hand als auch der privaten Auftraggeber nachhaltig gestärkt werden müßten.**

Die Bauwirtschaft fordert u. a. einen bedarfsgerechten Ausbau der staatlichen Infrastruktur, eine Erhöhung der Kreditprogramme für Umweltschutzinvestitionen, die Beibehaltung des gegenwärtigen Volumens der Städtebauförderung (von einer Milliarde Mark) über das Jahr 1987 hinaus und auch eine Einbindung der Wohnungsbaupolitik in die marktwirtschaftliche Ordnung.

Schneider rechnet damit, daß die Bauinvestitionen angesichts der sich abschwächenden außenwirtschaftlichen Entwick-

lung in den Vordergrund des gesamtwirtschaftlichen Interesses rücken werden. Der Minister sprach sich für eine Stärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit aus und vor allem für ihre weitere Verstetigung. Nur durch eine kräftige Zunahme der Investitionen könnten die dringend benötigten neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Alles in allem rechnet Schneider für das laufende Jahr mit positiven Zuwachsraten bei den Bauinvestitionen. Entscheidend sei, daß die Bauwirtschaft damit in 1987 erstmals seit Jahren wieder zur treibenden Kraft der Konjunktur werde.

Der dem Bundeskabinett vorgelegte Bericht über die Bevölkerungsentwicklung unterstreicht nach Schneiders Ansicht erneut, daß die größte Herausforderung für die Wohnungspolitik in der gravierenden Änderung der Altersstruktur liege. Die Anzahl der älteren Mitbürger werde bald mehr als doppelt so hoch sein wie die Anzahl der unter Zwanzigjährigen. Das Angebot an altengerechten Wohnungen müsse daher erheblich erhöht werden.

# Tierschutz seit dem 1. Januar 1987 erheblich verbessert

**Die Verbesserung des Tierschutzes in der Bundesrepublik Deutschland ist das Ziel des novellierten Tierschutzgesetzes, das am 1. Januar in Kraft getreten ist. Durch die neuen Bestimmungen wird die im Gesetz von 1972 verankerte Grundkonzeption eines ethisch ausgerichteten Tierschutzes noch mehr in den Vordergrund gerückt. Stärker als bisher wird berücksichtigt, daß der Mensch für den Schutz des Lebens und Wohlbefindens der Tiere verantwortlich ist.**

Bei allen Regelungen für einen verbesserten Tierschutz werden wichtige Anliegen des Menschen aber nicht vernachlässigt. Die Behauptungen mancher Tierschutzorganisationen, die Novelle lasse nicht nur eine Verbesserung des Tierschutzes vermissen, sondern der Schutz der Tiere sei gegenüber den bisher geltenden Vorschriften noch verschlechtert worden, entbehrt jeder Grundlage. Solche Äußerungen sind unwahr und zeugen entweder von Unwissenheit oder sollen bewußt diffamieren.

Der Schwerpunkt des neuen Gesetzes liegt in der Einschränkung der Tierversuche. Diese dürfen künftig nur noch durchgeführt werden, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen, zur Erkennung von Umweltgefährdungen und für die Grundlagenforschung unerläßlich und durch andere Methoden nicht zu ersetzen sind. Außerdem muß abgewogen werden, ob die zu erwartenden Schmerzen, Leiden oder Schäden der Versuchstiere im Hinblick auf den Versuchszweck zu vertreten sind. Zur Erprobung von Tabakerzeugnissen, Waschmitteln und dekorativen Kosmetika sind sie grundsätzlich nicht mehr gestattet.

Für die Genehmigung von Tierversuchen werden zur Unterstützung der Behörden künftig Kommissionen berufen, in den auch von Tierschutzorganisationen vorgeschlagene Personen vertreten sein müssen. In den Tierversuchseinrichtungen haben unabhängige und fachlich qualifizierte Tierschutzbeauftragte auf die Einhaltung der Vorschriften zu achten und die mit den Tierversuchen befaßten Personen zu beraten. Grundsätzlich dürfen nur noch Versuchstiere aus behördlich überwachten Zuchteinrichtungen verwendet werden. Hierdurch und durch eine verschärfte Kennzeichnungs- und Aufzeichnungspflicht soll dem Diebstahl von Hunden und Katzen für Versuchszwecke vorgebeugt werden. Tierversuche zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung sind nur noch erlaubt, wenn ihr Zweck nicht auf andere Weise — vor allem durch Filmdarstellungen — erreicht werden kann.

Wer Wirbeltiere zu Versuchszwecken züchtet, Tiere in Tierheimen hält, gewerbemäßig Hunde, Katzen oder sonstige Heimtiere züchtet oder mit Wirbeltieren handelt, einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhält oder Tiere zur Schau stellt, muß eine behördliche Erlaubnis dafür haben. Das Kupieren der Ohren bei Hunden ist künftig verboten.

Im neuen Tierschutzgesetz wurde auch die Grundsatznorm für das Halten von Tieren neu gefaßt. Jeder, der Tiere hält, muß diese ihrer Art und ihren Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen. Jede Bewegungseinschränkung, mit der dem Tier Schmerzen zugefügt werden, ist untersagt; weitere Einzelheiten sollen durch Rechtsverordnungen geregelt werden.

# Pressezitate zur politischen Lage in Hessen

*Es waren nur 23 Zeilen, die SPD-Chef Willy Brandt dem scheidenden Holger Börner widmete, aber sie sprechen Bände: Ein mageres Bedauern, das deutlich zeigt, wie sich die Politik Börners für die Mehrheit in der Bundes-SPD überlebt hat. Das war's.*

*Immer deutlicher wird, daß der gesundheitlich angeschlagene Ministerpräsident nicht allein dem Druck des unzuverlässigen Koalitionspartners ausgesetzt war, sondern vor allem dem Druck des SPD-Bezirks Hessen-Süd — und der Bonner Baracke. Der „Ausstieg“ Börners geht fast zeitgleich einher mit dem Aufstieg Lafontaines zunächst ins Parteipräsidium. Die Wege sind vorgezeichnet, und Willy Brandt hat sein Auge darauf.*

*So zeichnet sich eine rot-grüne Strategie ab, die darauf zielt, es in Hessen wieder gemeinsam zu schaffen. Einst pflegte man sich mit der „Dachlatte“ abzugrenzen, dann probte man die „geschmeidige Anpassung“ an die grüne Politik. Männer wie Hans-Jochen Vogel oder Hermann Rappe meldeten zwar wackeren Widerstand gegen die rasante Abdrift der SPD an. Ihre Feststellung, mit den Grünen sei keine widerspruchsfreie Politik und kein Staat zu machen, ist korrekt. Aber sie dürfte in den Wind gesprochen sein.*

*Als erste hatten es in naiver Deutlichkeit die Jusos gesagt: Nicht Fischer, sondern Börner hätte am vergangenen Montag in die Wüste geschickt werden sollen.*

*Er stört die grünen Kreise der SPD. „Enkel“ Lafontaine betont offen: „Wir werden weiter Kooperationen suchen“.*

*So wird es sein. Börner ist nicht an den Grünen, er ist vor allem an den eigenen Roten gescheitert. Man wird daran erin-*

*nernt, wie Schmidt im Oktober 1982 abging mit der Klage, er sei vom Koalitionspartner FDP „verraten“ worden. Schmidt machte daraus gleich im hessischen Wahlkampf einen guten Stimmenfang — erst nachher begriff die Öffentlichkeit, daß seine eigene Partei den Verrat begangen hatte. Heute wiederholt sich die Tragödie als Posse. Die Schuldzuweisung der SPD ist falsch adressiert — wieder einmal.*

(Die Welt, 12. Februar 1987)

## Das Modell einer anderen Republik

*In Sprendlingen hat der SPD-Bezirk Hessen-Süd beschlossen, was von diesem Teil der hessischen Sozialdemokratie zu erwarten war; wenn das Ergebnis der Wahl am 5. April 1987 es zuläßt, soll in Wiesbaden wieder eine rot-grüne Koalition gebildet werden. Der „Befreiungsschlag“ vor einer Woche war, wenn Holger Börner denn je die Absicht hatte, mit dem Hinauswurf des ersten Grünen-Ministers in der Bundesrepublik ein Zeichen zu setzen, ein Schlag ins Wasser.*

*Die hessische SPD marschiert unbeirrt weiter auf dem Weg, den sie 1983 eingeschlagen hat — und es ist offensichtlich, daß sie damit für die Bundespartei Pfadfinderdienste leistet, daß Wiesbaden das „Modell“ für eine rot-grüne Zusammenarbeit in Bonn war und bleiben soll.*

*Die Entscheidung von Sprendlingen hat immerhin eine wichtige Klärung gebracht. Der sozialdemokratische Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Wiesbaden kann nicht mehr bestreiten, was der SPD-Kanzlerkandidat vor der Bundestagswahl immer bestritten hat: daß es um die Alternative bürgerliche Regierung oder rot-grünes Bündnis geht. Die alte Frage, welche Rolle „bundespolitische“ Themen bei den*

Wahlen in Ländern spielen, bekommt am 5. April in Hessen eine neue Tragweite. Zur Wahl steht nämlich das Modell einer anderen Republik.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Februar 1987)

## Rot-Grün – zu erhöhten Preisen

Für die Mehrheit der südhessischen SPD ist eine Koalition mit den Grünen heute kein politisches Zweckbündnis mehr, sondern eine Glaubenssache. Daher sind alle Spekulationen über das Verhalten nach der Wahl müßig. Spitzenkandidat Krollmann selbst hat daran keinen Zweifel gelassen. Außerdem sei er, sagte Krollmann, „stolz“ auf das, was die rot-grüne Koalition bisher geleistet habe. ...

... Der Bruch der Koalition war nicht notwendig. Er war entweder ein Fehler oder höchstens ein Unfall. Mit der ärgerlichen Konsequenz, daß die Grünen als Lebensversicherung der sozialdemokratischen Herrschaft an Main und Rhein nun die Prämien erhöhen werden.

Die Sozialdemokraten aber, in Hessen und anderswo, sehen keine Möglichkeit, von dem Tiger abzustiegen, auf dem sie reiten. Und daher tun sie so, als fühlten sie sich auch noch wohl dabei.

(Neue Presse, 16. Februar 1987)

## „Hessen vorn“ in der SPD?

Es lohnt sich, in den nächsten Wochen die hessische SPD im Auge zu behalten. Nicht nur wegen der vorgezogenen Landtagswahl am 5. April, die Parteichef Willy Brandt bereits als gewonnen betrachtet: Die hessischen Genossen werden auch einen guten Einblick in die Entwicklung der ältesten deutschen Partei geben, an deren Spitze sich Oskar Lafontaine setzen will. Zuge-spitzt lautet die Frage: Wie grün werden die Roten?

Von der einstigen erfolgreichen SPD-Formel „Hessen vorn“ ist nicht mehr viel geblieben — nicht zuletzt eine Folge der inneren sozialdemokratischen Zerrissenheit.

Die SPD braucht noch viel Zeit um herauszufinden, wieviel Grün sie in ihrem Rot nun wirklich verkraften kann, ohne die Identität zu verlieren.

(Kölnische Rundschau, 16. Februar 1987)

## Auf ins Grüne

Natürlich wird bestritten, daß die Partei Brandts sich auf den Weg ins Grüne gemacht habe. Aber es gibt keinen Zweifel daran, daß sie sich von politischer Ver-nunft entfernt, die immer auch etwas mit dem Selbsterhaltungswillen einer Partei zu tun hat.

Wo ist das Selbstbewußtsein dieser alten Partei geblieben? Das kann ja nicht in der Bundestagswahl restlos verlorengegangen sein. Die Niederlage vom 25. Januar hat wohl nur schonungslos zutage gefördert, was ohnehin vorhanden war: eine große Schwäche, eine Meinungs-Spaltung mit daraus zwangsläufig folgender Profillosigkeit; auch das Abdriften in die Gedankenwelt der Partei, die sich grün nennt, deren politisches Schwergewicht aber jenseits des Naturschutzes liegt, fand in der SPD längst vor der Bundestagswahl und vor dem Koalitionsende von Hessen statt.

Wo eigentlich sind die anderen Sozialdemokraten, jene, die nichts von Träumereien in der Politik halten und auch nichts von der schleichenden sozialdemokratischen Sehnsucht nach den Grünen? Haben sie schon resigniert? Oder haben sie noch die Kraft für einen Kampf um ihre Partei — damit die SPD eines Tages in der Lage ist, die nötige Auseinandersetzung mit den Grünen zu führen?

Die SPD ist inhaltlich und in ihren Wähleranteilen ungefähr an dem Tief angekommen, an dem sie vor dem Godesberger Programm (1959) war. Nur hat sie heute keinen Herbert Wehner mehr, keinen Fritz Erler, keinen Carlo Schmid. Brandt führt sie nicht mehr, nachdem er seine Partei dahingebracht hat, wo sie ist. Die SPD ist auf einem Weg, der ihr keinen Erfolg und dem Staat keinen Nutzen bringen kann.

(Rheinische Post, 16. Februar 1987)

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Wallmann: Wir werden die Zwangsförderstufe wieder abschaffen

Im Urteil des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen über die Verfassungsmäßigkeit der Förderstufe liegt eine besondere Herausforderung für die bevorstehende Wahlentscheidung in Hessen. Das Urteil rückt das ganze Elend der schulpolitischen Entwicklung Hessens in den Mittelpunkt der Wahlausinandersetzung.

Die CDU Hessen bekräftigt ihre Absicht, im Falle eines Wahlsieges als erste schulpolitische gesetzgeberische Tat allen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien die Klassen 5 und 6 zurückzugeben. Die Landtagswahl wird somit auch zu einem Volksentscheid darüber, ob es in Hessen in Zukunft solide Schulen, Elternrecht und freie Schulwahl und dazu ein Ende des ideologischen Zwanges geben wird, stellt Bundesminister **Walter Wallmann**, Landesvorsitzender der CDU Hessen, fest.

Im vorgezogenen Wahltermin liegt die Chance, daß begabungsgerecht gegliederte Schulsystem gewissermaßen in letzter Minute zu retten und schon für das neue Schuljahr, das am 1. August beginnt, geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Die hessische Union läßt keinen Zweifel daran, daß es unter ihrer Regierungsverantwortung nur noch freiwillige Förderstufen und keine Zwangsförderstufen geben wird, das heißt, die Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder nach der Grundschule unmittelbar einer weiterführenden Schule oder einer Förderstufe anvertrauen wollen.

Walter Wallmann erklärte in einer Pressekonferenz in Wiesbaden, das Land brauche „stabile und berechenbare Verhältnisse“. In Hessen drohten „große Gefahren, wenn Rot und Grün in der Verantwortung bleiben“.

# UID

7/87

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Druck: WVA-Druck, Düsseldorf.